

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Rudolf Köpcke
Herausgeber: Rudolf Köpcke
Königsplatz 10, Dresden

Bezugspreis: 1.70 M. pro Quartal
Einzelnummer 10 Pf. (außerhalb Dresdens 15 Pf.)
Anzeigenpreis: Die Zeilen werden nach
Goldmaß berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile
200 Pf., außerhalb 250 Pf. Cirkulargebühren 20 Pf. Unzulässige Beiträge gegen Vorbestellung

Druck u. Verlag: Rudolf Köpcke
Königsplatz 10, Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die französische Sanktionsforderung

Rückgriff auf das Versailler Diktat

Die erwartete Note

Im Haag, 7. Jan. Ueber den Inhalt der Note, die die französische Abordnung an die deutsche Abordnung im Haag in der Sanktionsfrage übermittelte, liegen bisher keine näheren Angaben vor, da die Note von den beteiligten Seiten streng geheimgehalten wird. In Konferenzkreisen sind jedoch gerüchtweise

zwei Darstellungen im Umlauf.

Nach der einen soll in der Note, die ausschließlich von der französischen Abordnung ausgeht, erklärt werden, in den Sanktionsbestimmungen des Versailler Vertrages könne nichts geändert werden, es werde aber die Forderung ausgesprochen, daß diese Bestimmungen nicht zur Anwendung gelangen würden.

Nach der anderen Darstellung soll die französische Note den Vorschlag machen, in das Schlussprotokoll der Haager Abmachungen eine Bestimmung über die Aufrechterhaltung der Sanktionsbestimmungen des Versailler Vertrages aufzunehmen.

Die Note der französischen Regierung wird die Grundlage der für Mitte der Woche erwarteten offiziellen Besprechungen über die Sanktionsfrage bilden.

Die wichtigen Fragen im Haag ungeklärt

Schacht und Rastl herbeigerufen zum Kampf um die Zahlungstermine

Von unserem nach dem Haag entsandten Sonderberichterstatter

Im Haag, 6. Jan. Alle wichtigen Fragen erweisen sich hier im Haag als sehr viel komplizierter und schwieriger, als es zunächst angenommen wurde. Während die Frage der Reparationen noch ganz ungeklärt ist — selbst Österreich und Bulgarien leisten hier weiter Widerstand — haben heute auch die hundertlangsten finanziellen und finanzpolitischen Verhandlungen zwischen den Delegationsführern der sechs einladenden Mächte ein sehr unbefriedigendes Ergebnis gehabt.

Die Sanktionsfrage war heute andächtig.

Man erwartet auf deutscher Seite aber schon in nächster Zeit hier Vor schläge der Franzosen. Gleichseitig hört man aus englischer Quelle, daß Snowden in Einklang mit gewissen Andeutungen in der englischen Presse tatsächlich den Gedanken sogenannter wirtschaftlicher Sanktionen an Stelle etwaiser militärischer erwägen soll, wobei Einzelheiten natürlich nicht bekannt sind. Dazu muß in aller Klarheit gesagt werden, daß

Sanktionen, in welcher Form es immer sei, niemals die deutsche Zustimmung erhalten dürfen.

Auch mit dem Grundgedanken des Youngplans sind wirtschaftliche Sanktionen ebensowenig vereinbar wie militärische. Im übrigen haben wir Deutschen mit „wirtschaftlichen“ Abwägungsmethoden (das Wort ist dehnbar) zu bitteren Erfahrungen gemacht, um hierin auch nur einen Fortschritt gegenüber militärischer Gewalt sehen zu können. Die Frage kann nur grundsätzlich oder gar nicht gelöst werden.

Jedes Kompromiß — das wiederholen wir — ist schlimmer und gefährlicher als gar nichts, d. h. als der Zustand von heute. Für „Vermittlungsversuche“ solcher Art von englischer Seite bedauern wir uns beizens. Wenn wir uns auf diesen Plan einlassen, könnten wir es erleben, daß diese wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen einmal neben den von den Franzosen innerlich vermutlich stets vorbehaltenen militärischen Maßnahmen gegen uns in Anwendung kommen. In diesem Zusammenhang muß auch kurz hervorgehoben werden, daß gerade auch von englischer Seite das Bestreben hier deutlich wird, das in dem Youngplan enthaltene

negative Pfandrecht auf bestimmte deutsche Einnahmequellen in ein positives Pfandrecht umzufassen, d. h. einen Zugriff möglich zu machen. Man sieht, mit welchen Ueberforderungen wir hier rechnen müssen!

Das einzige, was heute erreicht wurde.

war erstens die Selbstverständlichkeit, daß der Youngplan im Schlussprotokoll als Ganzes (nicht etwa nur, wie beabsichtigt, die deutschen Verpflichtungen allein) verankert wird, und zweitens die Feststellung, daß die im Youngplan verlangte

Geldbeitragspflicht der Reichsbank nicht zu einer neuen Kammungsvoranschlagung gemacht

wurde, sondern als Selbstverständlichkeit gilt. (Anlage 2 des Youngplans.) In der wichtigen Formfrage der Fassung des Schuldzertifikates haben sich die Delegierten heute nicht einigen können, bezieht doch Deutschland darauf, die Maßlichkeiten eines Transferratoriums mit zu formulieren. Die Frage ist dem Juristenausschuß übergeben worden, der morgen zusammentritt und den Regierungen berichten soll.

Ebensowenig gelang es, eine Einigung über die Tätigkeit des beratenden Sonderausschusses der Reichsbank (Art. 124) zu erzielen. Es handelt sich darum, ob Vorschläge dieses Ausschusses im Falle eines Transferratoriums von der Internationalen Bank oder aber nur von den Regierungen selbst in Kraft gesetzt werden können. Auch diese Frage wurde wieder an den Juristenausschuß abgegeben.

Unter den materiellen Fragen.

die in finanzieller Hinsicht noch zu lösen sind, hat heute nur die Frage der Zahlungstermine (einschließlich der Zahlungstermine für die Reichsbank) eine Rolle gespielt, allerdings auch die Debatte lange Zeit ausschließlich beherrschte. Die Gegner verlangen kategorisch, daß am 15. jeden Monats gezahlt wird. Das sei auch die Meinung der Pariser Sachverständigen, einschließlich der deutschen, gewesen. Wir verlangen statt dessen Zahlungen zum Ultimo nach internationalem Brauche.

Der Unterschied beträgt kapitalisiert etwa 80 Millionen Goldmark (Gegenwartswert), d. h. Jahresbeträge von etwa 4,5 Millionen Mark (Zinsverlust).

Auch das soll uns noch aufgebürdet werden! Da der Youngplan selbst keine Klarheit gibt und der hier anwesende Sachverständige Dr. Melchior die Frage nicht entscheidend beantworten konnte, hat die deutsche Delegation diese Verhandlungen abgebrochen, um sich in der Zwischenzeit an Dr. Schacht und den Geheimrat Rastl zu wenden. Herr Rastl wird am Mittwoch hier eintreffen, während Schacht erst am 12. Januar kommen wird und jetzt nur schriftlich oder telephonisch antworten wird. Auch dieser Standpunkt bleibt also weiter offen. Er soll am Donnerstag weiterberaten werden.

In den nächsten Tagen wird außerdem noch um den schon erwähnten Punkt des negativen Pfandrechts, weiter um die Frage, wie ein Transferratorium im einzelnen behandelt werden soll, und um eine Reihe anderer Fragen gekämpft werden, die von den Gegnern schon aufgeworfen sind, aber noch nicht verhandelt wurden. Dazu gehört auch das Problem einer etwaigen

Aufnahme der Liquidationsabkommen in das Schlussprotokoll

(mit Belgien ist hier jetzt auch eine Liquidationsabklärung erzielt worden). Da erhebt sich sofort die Frage, ob nicht der Pökenvertrag auf diese Weise — trotz des Protestes des Außenministers — nun doch in das Haager Protokoll gelangen soll. Hier wird unbedingt Klarheit zu fordern sein. Auch die Frage, wie das Moratorium im deutsch-amerikanischen Abkommen mit dem Youngmoratorium gegebenenfalls in Einklang zu bringen ist, muß erledigt werden.

Gerade in den wichtigsten Fragen steht also nach wie vor Standpunkt gegen Standpunkt, und die Gegner sind es, die neue Forderungen stellen und den Youngplan Punkt um Punkt noch weiter zu verschlechtern trachten!

Politifizierung des Rundfunks

Seitdem der Unterhaltungsrundfunk besteht, also seit über sechs Jahren, ist man sich eigentlich theoretisch immer über den Grundgedanke einig gewesen, daß dieses moderne Bildungs- und Unterhaltungsmittel absolut freibleiben müsse von Parteipolitik und Polemik. Aber in einer so kürzlichen Zeit wie der unseren, wo alle Fragestellungen zu leicht auf politische, wirtschaftliche und weltanschauliche Entscheidungen hinauslaufen, ist es praktisch gewiß nicht immer leicht, die Klippe der Parteilichkeit ganz zu umgehen. Und so wurden denn ab und zu Beschwerden laut, von links und von rechts, daß in Einzelfällen das Prinzip der Ueberparteilichkeit gebrochen wäre. Manche Redner verhielten sich einen jeden Ausgrenzung, indem sie sich nicht an das vorgelegte und zensierte Manuskript hielten, sondern freischwärmend extemporierten; andere verbrämten ihre tendenziöse Einstellung durch ein paar verächtlich und tolerant klingende Phrasen, um im trüben dann besser fischen zu können; und am schlechtesten kamen leider — wie immer — diejenigen weg, die in wahrer Ueberparteilichkeit, ohne diplomatische Kniffe, sachlich und offen über gewisse Schäden unserer Zeit sprechen wollten; sie erregten Aufstos auf allen Seiten und versielen am leichtesten der Zensur. Man hatte in den ersten fünf Jahren des Rundfunks, wenn sich auch unliebsame Zwischenfälle ereignen mochten, doch den Eindruck, daß es sich eben um Einzelfälle, um bedauerliche Versehen irgendeiner Einzelperson handelte, um ein mangelndes politisches Taktgefühl, daß aber grundsätzlich das Prinzip der Ueberparteilichkeit aufrechterhalten wurde. Aber das scheint jetzt anders zu werden, und man muß die öffentliche Aufmerksamkeit frühzeitig auf diese Entwicklung hinlenken, damit wir nicht eines Tages vor vollendeten Tatsachen stehen.

Das Gerücht, die Regierung beabsichtige, dem Rundfunkkommissar Dr. Predow einen politischen Kommissar zur Seite zu stellen, und für diesen Posten sei bereits ein sozialdemokratischer Funktionär in Aussicht genommen, ist ja schon durch die Presse gegangen. Es wurde zwar, was den zweiten Teil der Behauptung angeht, dementiert; aber wir wissen leider, was es mit solchen Dementis für eine Bewandnis hat; die Gerüchte tauchen immer erneut auf, in verächtlicher Form, die Öffentlichkeit gewöhnt sich allmählich an den Gedanken, trotz aller Dementis, eines schönen Tages wird er zur Wirklichkeit, und man wundert oder empört sich kaum noch darüber. — So könnte es auch mit der Politifizierung des Rundfunks seinen Lauf nehmen, so absurd uns auch heute noch die Vorstellung ist, daß ein Politiker, ausgerechnet ein sozialdemokratischer Parteipolitiker, die Ueberparteiliche Einstellung des Rundfunks betreten soll. Aber wir haben eben schon zu viel Verwunderliches in den letzten Jahren erlebt, als daß wir nicht auch damit zu rechnen hätten.

Daß in der Vera Severings und Orzeszinskis der bewährte Wille besteht, aus dem Rundfunk ein einseitig politisches Instrument der Regierungsparteien zu machen, und zwar vor allem des linken Flügels, daran besteht seit der großangelegten Rundfunkkampagne gegen das Volksbegehren gar kein Zweifel mehr. Wir erinnern uns der unsäuren Art, wie man lange Zeit durch allerlei Winkelzüge zu verhindern, daß auch Parteiredner der mitleidigen Aktion zu Worte kamen, und wie man erst in letzter Stunde, als die propagandistische Wirkung gleich null war, nur, um dem Scheine genug zu tun, Geheimrat Dr. Cuaa sprechen ließ. Die Minister dagegen hatten eine unbegrenzte Redefreiheit und mißbrauchten diese zum Teil sogar in sehr gräßlicher Weise.

Eine konsequente Fortsetzung dieser Taktik bedeutet die Rundfunkrede, die seitdem der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Herz gehalten hat über das Thema: „Warum ich nicht Reichsfinanzminister werden wollte.“ — Wenn seinerzeit die Minister einen Schein des Rechts für sich hatten, als sie ihre „Auffassungen“ über politische Fragen vorzutragen, so bleibt es vollends unverständlich, mit welchem Recht ein nicht verantwortlicher Parteipolitiker sein Tun und Lassen motivieren und rechtfertigen darf, um bei dieser Gelegenheit obendrein auch noch gegen andere Parteien und Persönlichkeiten ins Feld zu ziehen. Es muß bezweifelt werden, ob weitere Kreise ein Interesse daran haben, zu erfahren, was Herr Dr. Herz nicht getan hat, — man bedenke die Konsequenzen, wenn man in der Aufstellung derartiger negativer Themen fortfahren würde! Was passiert in der Weltgeschichte alles nicht! — man muß bezweifeln, daß man mit der gleichen Bereitwilligkeit einem Politiker der Rechten das Wort erteilen würde über Dinge, die er nicht getan hat. — Es handelt sich hier nicht darum, noch einmal darauf hinzuweisen, wie unsachgemäß und wie tabulistisch Dr. Herz sein Thema angefaßt hat, wie ungerecht es ist, Dr. Schacht eines „Eingriffs von außen“ in die Rechte des Finanzministers zu beschuldigen, sondern hier soll nur auf die unmögliche Hand-

Die deutsche Industrie hält noch stand

Bericht des Treuhänders für die deutschen Industrie-Obligationen

Berlin, 6. Jan. Der Bericht des Treuhänders für die deutschen Industrie-Obligationen, Rogara, ist nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden. Er erwähnt in den einleitenden Bemerkungen, daß die Sachverständigen empfohlen haben, die Belastung, die der deutschen Industrie auferlegt worden ist, in Regal fallen lassen. Demgemäß soll die Belastung, die zum Zwecke der Reparationszahlungen auf der Industrie liegt, mit dem Inkrafttreten des neuen Planes verschwinden. Im übrigen enthält der Bericht eine Darstellung der Operationen

vom 1. September 1928 bis zum 31. August 1929,

die sich auf die Belastung der Industrie beziehen und die nötigen Informationen über die wichtigsten Industrie-Unternehmungen und über die industrielle Produktion im allgemeinen. Im Schlußwort heißt es: Der vorhererwähnte Bericht für 1927 und 1928 hatte darauf hingewiesen, daß die industrielle Produktion trotz gewisser Depressionsmerkmale einen hohen Stand erreicht habe. Der gegenwärtige Bericht für den Zeitraum 1928/29 weist darauf hin, daß die Lebensfähigkeit gewisser Produktionszweige (insbesondere die

Grundindustrien) imlande gewesen ist, die seit August 1928 hervoragenden Schwächelemente zu überwinden. Die Förderungsindustrien (Steinbohle, Braunkohle und Kali) haben ihren Produktionsstand aufrechterhalten und die Eisen- und Stahlindustrie hat die Untätigkeit, die durch die Arbeitslosigkeit im November 1928 und durch den außerordentlich strengen Winter hervorgerufen worden war, mit Hilfe intensiver Produktion seit April 1929 erfolgreich bekämpft.

Nur die weiterverarbeitenden Industrien, unter ihnen die Textilindustrie, haben

eine ungünstige Periode

durchgemacht mit dem Ergebnis, daß der allgemeine Index, als Ganzes genommen, ein Verabsinken in den Zweigen der in Betracht kommenden Produktion zeigt. Dies beruht indessen nicht die Gesamtlage der deutschen Industrie. Ihre Merkmale sind lediglich die einer Periode der Schwäche, die durch gewisse Faktoren, zugleich wirtschaftlicher und allgemeiner Art, verursacht ist, aber wahrscheinlich nur vorübergehenden Charakter trägt.